

## **Wie stehen die Parteien in Runkel zu unserem Projekt? Aus Heizungsgesetz wird Gebäudemodernisierungsgesetz Aktuelles aus dem Projektverlauf**

### **Kommunalwahl 15. März:**

Bereits im letzten Infobrief hatten wir angekündigt, die bei der Kommunalwahl antretenden Parteien/Gruppierungen zu ihren Positionen zu unserem Projekt zu befragen. Dazu hatten wir die Listenführerinnen/Listenführer angeschrieben und um Rückmeldungen bis Ende Februar gebeten. Leider ist auch hier wieder von irgendeiner Seite dies vorschnell an die Presse gegeben worden und bereits in der letzten Woche in Teilen dazu durch die NNP berichtet worden. Wir finden diese Vorgehensweise nicht gut, müssen aber wohl mit solchen Praktiken leben. Nunmehr möchten wir als BED und Fragesteller euch über die eingegangenen Antworten informieren.

Angeschrieben wurden CDU, SPD, Bürgerliste, GRÜNE und die AfD. Von der letzteren ist uns keine Stellungnahme zugesandt worden. Die Listenführerin hat lediglich in einem Telefonat den Eingang bestätigt und ihrerseits Fragen zum Projekt gestellt und eine Stellungnahme in Aussicht gestellt. Da jedoch nichts eingegangen ist, können wir auch dazu hier nichts vortragen.

Anmerken möchten wir auch noch, dass es sich bei unseren Fragen ausschließlich um das Thema kommunale Wärmeplanung und unser Projekt in Dehrn handelt. Natürlich ist dies nur ein kleiner Teil der in der Kommune Runkel anstehenden Themen und deshalb mag es darüber hinaus viele weitere Aspekte geben, die für eine Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind. Es war und ist nicht unser Anspruch, hier Einfluss auf die Wahlentscheidungen des Einzelnen zu nehmen, sondern lediglich Transparenz in dem für uns wichtigen Thema herzustellen.

**Deshalb werden wir die gegebenen Antworten, auch wenn es dazu sehr wohl eine Reihe von Anmerkungen und Klarstellungen gäbe, lediglich abdrucken und nicht kommentieren. Die Bewertung obliegt letztendlich jedem Einzelnen.**

Da alle Fragen sich auch auf die zukünftige Politik in der Stadt Runkel beziehen, werden wir als BED ausgehend von den Antworten mit den neuen Parlamentariern die Diskussion fortsetzen und hoffen natürlich darauf, dass nach der Wahl noch das gilt, was vor der Wahl erklärt worden ist.

# Nun die Fragen und die Antworten:

## **1. Steht ihre Partei/Organisation (in den weiteren Fragen immer als „sie“ benannt) dem Aufbau des Nahwärmenetzes in Dehrn positiv gegenüber?**

**CDU:** Ja, die CDU-Fraktion unterstützt das Vorhaben eines Nahwärmenetzes in Dehrn uneingeschränkt und sieht darin einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung und zur Stärkung der lokalen Infrastruktur.

**SPD:** Die SPD-Liste steht dem Aufbau eines Nahwärmenetzes in Dehrn grundsätzlich positiv gegenüber. Nachhaltige Energieprojekte stellen einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zur regionalen Wertschöpfung und zur langfristigen Entwicklung unserer Stadt dar. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass nach den Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes eine kommunale Wärmeplanung für das gesamte Stadtgebiet erforderlich ist. Diese Planung muss alle Stadtteile einbeziehen und mögliche Synergieeffekte berücksichtigen. Einzelprojekte sollten daher im Kontext einer gesamtstädtischen Betrachtung bewertet werden.

**Bürgerliste:** Ja, da hat sich unser Standpunkt nicht verändert.

**Grüne:** Ja

## **2. Sind sie bereit, im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten im Stadtparlament die Unterstützung der Stadt mit der Verwaltung zu unserem Projekt (Planungsunterlagen, Genehmigungsverfahren, Gestattungsverträge) einzufordern bzw. konstruktiv zu begleiten?**

**CDU:** Wir setzen uns im Stadtparlament aktiv dafür ein, dass die Stadt und Verwaltung das Projekt in allen relevanten Phasen begleiten und unterstützen, insbesondere bei Planungsunterlagen, Genehmigungsverfahren und Gestattungsverträgen. Die CDU-Fraktion steht für eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und begleitet das Projekt aufgeschlossen und zielorientiert.

**SPD:** Wir halten es für sachgerecht, dass die Stadt Runkel und ihre Verwaltung Projekte dieser Art konstruktiv begleiten. Dazu gehören Planungsprozesse, Genehmigungsverfahren sowie die Prüfung vertraglicher und rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies setzt jedoch voraus, dass die personellen Ressourcen und die fachliche Kompetenz der Verwaltung dieser zusätzlichen Aufgabe gerecht werden können oder – soweit erforderlich – externe fachliche Unterstützung hinzugezogen wird.

**Bürgerliste:** Ja, wie bisher bereits geschehen.

**Grüne:** Einfordern – nein, konstruktiv begleiten - Ja

## **3. Unter dem Vorbehalt der Zulassung durch die Kommunalaufsicht stehen sie für den Beitritt der Stadt Runkel mit ihren städtischen Gebäuden zu unserer Genossenschaft?**

**CDU:** Grundsätzlich befürwortet die CDU-Fraktion den Beitritt der Stadt Runkel mit ihren städtischen Gebäuden zur Genossenschaft, sofern die Zustimmung der Kommunalaufsicht vorliegt. Dies wurde auch auf Empfehlung des HFA durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen und im Haushalt eingestellt. Durch die Verwaltung wurde dieser Punkt mit den Bürgerschaften verknüpft. Was dann zu einer Ablehnung geführt hat. Hier muss dringend Klarheit geschaffen werden um den Beschluss umzusetzen und das Geld an die Bürgerenergie auszuzahlen.

**SPD:** Wir stehen zu dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.10.2024, der den Beitritt der Stadt zur BürgerEnergieDehrn eG sowie den Erwerb der vorgesehenen Genossenschaftsanteile für

städtische Liegenschaften vorsieht. Die Umsetzung erfolgt unter dem Vorbehalt der kommunal aufsichtlichen Prüfung und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

**Bürgerliste:** Ja, es war unser Antrag im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2024 dies so zu tun. Wir müssen im zukünftigen Parlament darauf dringen, dass die Stadt Runkel Beschwerde beim RP Gießen über die noch nicht erfolgte Zustimmung der Kommunalaufsicht einlegt.

**Grüne:** Ja

#### **4. Unter dem Vorbehalt einer Genehmigung durch die Kommunalaufsicht unterstützen sie eine Bürgschaft für die Darlehensgewährung zum Projekt?**

**CDU:** Eine Unterstützung einer Bürgschaft ist aus Sicht der CDU-Fraktion schwierig, da diese nach vorliegendem Informationsstand seitens der Kommunalaufsicht und Revision nicht genehmigungsfähig ist bei Haushaltslage der Stadt Runkel.

**SPD:** Die Übernahme einer kommunalen Bürgschaft stellt eine Entscheidung mit erheblicher finanzieller Tragweite dar. Eine Bürgschaft ist keine unmittelbare Kreditaufnahme, sondern eine Eventualverbindlichkeit, die im Falle einer Inanspruchnahme haushaltswirksam werden kann. Eine solche Entscheidung kann ausschließlich unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorgaben, der Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung, der erforderlichen kommunal aufsichtlichen Genehmigung sowie weiterer einschlägiger rechtlicher Rahmenbedingungen erfolgen. Maßgeblich ist insbesondere, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt dauerhaft gewahrt bleibt und keine unvermeidbaren Risiken für den städtischen Haushalt entstehen. Sollte eine Bürgschaft als Voraussetzung für die Umsetzung des Projekts erforderlich werden, werden wir im Parlament einen Antrag auf Durchführung einer formellen Einwohnerbefragung gemäß den kommunalrechtlichen Möglichkeiten stellen. Ein solcher Antrag bedarf eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und wäre anschließend durch die Stadtverwaltung organisatorisch umzusetzen. Angesichts der gesamtstädtischen Tragweite einer möglichen Bürgschaft halten wir es für sachgerecht, die Einwohnerinnen und Einwohner aller Stadtteile in diese Entscheidung einzubeziehen. Das Ergebnis einer solchen Einwohnerbefragung würde für uns eine maßgebliche Entscheidungsgrundlage darstellen. Sollte sich die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Rahmen einer solchen Befragung für die Übernahme einer Bürgschaft aussprechen, werden wir einer entsprechenden Entscheidung nicht entgegenstehen – vorausgesetzt, dass die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt gewahrt bleibt. Zusammenfassend ist unsere Haltung zu einer möglichen Bürgschaft davon abhängig, dass die demokratische Legitimation durch Einbindung der Einwohnerschaft gegeben ist, die Bürgschaft rechtlich zulässig ist, sie wirtschaftlich vertretbar bleibt und die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Runkel nicht gefährdet wird.

**Bürgerliste:** Als finanzschwache Kommune haben wir das nicht in der eigenen Hand. Die Anfrage bei der Kommunalaufsicht ist erfolgt, es gibt leider noch keine verwertbare Antwort.

**Grüne:** Das wird wohl in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt nicht möglich sein, die Kommunalaufsicht könnte dies auch nur genehmigen, wenn die Stadt dies beantragen würde / im Haushalt vorsehen würde.

#### **5. Wie stehen sie zu einer möglichen Synchronisation von EKVO-Maßnahmen mit dem Aufbau des Nahwärmenetzes?**

**CDU:** Eine Synchronisierung von EKVO-Maßnahmen mit dem Ausbau des Nahwärmenetzes halten wir grundsätzlich für sinnvoll, da sie Synergieeffekte ermöglichen kann. Allerdings muss dabei der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt Runkel und die zeitliche Planbarkeit beachtet werden. Entscheidend ist, dass die Synergien klar und nachvollziehbar belegt werden, um einen Mehrwert für alle Beteiligten zu schaffen.

**SPD:** Eine Abstimmung von Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit EKVO relevanten Maßnahmen, halten wir grundsätzlich für sinnvoll, sofern dadurch Synergien genutzt und Belastungen für Bürgerinnen und Bürger reduziert werden können. Wir weisen darauf hin, dass wir als politische Fraktion nicht über die fachliche und technische Expertise verfügen, um komplexe infrastrukturelle Fragestellungen abschließend zu beurteilen. Im Falle einer weiteren Konkretisierung des Projekts halten wir eine fachlich kompetente Begleitung durch geeignete externe Dritte für erforderlich, um technische, wirtschaftliche und infrastrukturelle Fragestellungen fundiert bewerten zu können.

**Bürgerliste:** Wir halten die Synchronisation auf Grund der deutlich geringeren Belastung der Anwohner wie auch wirtschaftlich für äußerst sinnvoll. Wenn Baumaßnahmen von Stadt und BED im gleichen Zeitfenster erfolgen, sollte man diese Möglichkeit unbedingt nutzen. Es ist aber zu befürchten, dass die Stadt das Tempo, das die Bürgerenergie Dehrn benötigt, weder in der Umsetzung noch in der Finanzierung ihrer Baumaßnahmen mithalten kann.

**Grüne:** Wenn sich dies teilweise in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt und unter Berücksichtigung der Prioritäten der Kanalsanierungen, auch anderer Stadtteile ergibt, wäre dies sicherlich nicht von Nachteil.

## **6. Unterstützen sie auch die Erstellung von kommunalen Wärmeplanungen in den anderen Stadtteilen und eventuell aus diesen entstehenden weiteren Nahwärmeprojekten?**

**CDU:** Die CDU-Fraktion steht hinter der Erstellung einer kommunaler Wärmeplanung für weitere Stadtteile im Zeitrahmen der gesetzlichen Vorgaben. Wir unterstützen Initiativen, die zu weiteren Projekten führen und dazu beitragen, die Energieversorgung in Runkel und den Ortsteilen zukunftsfähig und umweltfreundlich zu gestalten. Das können weitere Nahwärmeprojekte sein aber auch andere Möglichkeiten der Primärenergieerzeugung (Stabilat-Verbrennung, Faulturm,...) einschließen.

**SPD:** Wir befürworten eine strategische Wärmeplanung für das gesamte Stadtgebiet. Entscheidungen im Bereich Energieversorgung betreffen die gesamte Kommune mit über 9.600 Bürgerinnen und Bürgern in neun Stadtteilen. Eine ausgewogene Betrachtung aller Stadtteile ist für uns selbstverständlich.

**Bürgerliste:** Die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung gehört zu den Pflichtaufgaben der Stadt. Wir sind als Kommune schon sehr spät dran und müssen sehen, dass wir in 2026 in Zusammenarbeit mit Fachbüros zügig diese Aufgabe in Angriff nehmen. Die Finanzierung dieser Beratungstätigkeit ist unbedingt im Haushalt 2026 sicher zu stellen, damit eine zeitnahe Ausschreibung erfolgen kann. Wenn die Fachplaner zum Ergebnis kommen, dass weitere Nahwärmeprojekte im Stadtgebiet wirtschaftlich sinnvoll sind, muss man das angehen. Für eine Aussage zur Umsetzungsform, Genossenschaft oder alternative Betriebsmodelle, ist es Stand heute noch zu früh. Man sollte hier unbedingt prüfen, ob sich Möglichkeiten für eine interkommunale Zusammenarbeit ergeben.

**Grüne:** Da dies wohl Pflicht ist, erübrigt sich die Frage nach der Unterstützung, über die Sinnhaftigkeit einer Wärmeplanung kann man verschiedener Meinung sein.

## **„Das Heizungsgesetz wird abgeschafft“**

So steht es im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung und nun liegen dazu die Eckpunkte vor. Ändern an den bestehenden Regelungen wird sich nicht viel und keine der dort bisher bekannt gewordenen Neuregelungen stellt unser Projekt in Frage oder dürfte auch bei den Gebäudebesitzern zu einer anderen Bewertung führen. Bis Juni sollen die neuen Gesetzesregelungen im Bundestag verabschiedet werden und zum 01. Juli in Kraft treten. Das Wichtigste aus dem, was bis heute bekannt ist, in Kürze:

Zwar entfällt die Verpflichtung, bei einer neuen Heizung nur noch Heizanlagen mit mindestens 65% erneuerbarer Energie einzubauen, dennoch bleibt es bei der Vorgabe, stufenweise den Anteil von erneuerbaren Energien bis 2045 auf 100% zu erhöhen. Spätestens ab 2030 müssen ab dann neue eingebaute Heizungen zu 100% mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Preise für Bio- Gas und Öl, selbst wenn es ausreichend verfügbar sein sollte, sich deutlich oberhalb von fossilem Gas und Öl bewegen werden.

Die völlige Freigabe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung an den Marktpreis ist zwar zuvor von 2027 auf 2028 verschoben worden. Dennoch wird auch dies zunehmend das Heizen mit Gas und Öl erhöhen. Bleiben die Netzentgelte für die Gasleitungen, die mit sinkender Zahl der Nutzer im Umlageverfahren ebenfalls zu einem Kostenanstieg führen werden. Also ist aus wirtschaftlicher Sicht der Umstieg weg von Gas und Öl weiterhin die sinnvollste Lösung.

Nach allen bisherigen Informationen wird in dem neuen Gesetz daher auch bis 2029 keine Abstriche bei der Förderung des Umstiegs auf erneuerbare Energien gemacht. Dies gilt für die Förderung unseres Projektes und soll Medienberichten zufolge auch für die KfW-Förderung für die Erneuerung von nachhaltigen Heizungen und der Sanierung von Gebäuden gelten. Letzteres dürfte spätestens mit Vorlage des neuen Gesetzesentwurfs klar werden. Auf alle Fälle sind bereits erteilte Förderbescheide weiterhin gültig. Dies bedeutet natürlich auch, dass das bereits mit Förderbescheid vom letzten Jahr durch den Bund in unser Projekt gesteckte Vertrauen auf die Umsetzbarkeit mit rund 250.000€ Bundesmitteln bestehen bleibt.

Wir werden natürlich den weiteren Gesetzgebungsprozess beobachten und auch hier immer wieder berichten.

## **Aktuelles aus dem Projektverlauf**

- Der Regierungspräsident hat am 11. Februar im Staatsanzeiger den Bewilligungsbescheid für den Abbau von Kalkstein im Abbaugelände Hengen Nord erteilt. Ob innerhalb der Frist dagegen eine Klage eingereicht wird, ist offen. Wir begrüßen weiterhin den Abbau in Hengen-Nord, da er über die bereits garantierten 15 Jahre die Wärmeversorgung aus den Hochöfen des Kalkwerks ermöglicht.
- Im Rahmen der Planung haben wir gemeinsam mit dem Planungsbüro (Süwag) und Schaefer Kalk den Standort der Heizzentrale festgelegt. Er soll unmittelbar neben dem derzeit errichteten Pelletlager entstehen. Die genauere Ausgestaltung der dort zu integrierenden Technik und Dimensionierung wird derzeit von den Fachplanern untersucht.
- Auch laufen weiter die Entwurfsplanungen für die Netzauslegung in Dehrn. Dies beinhaltet den vorgesehenen Trassenverlauf, die Dimensionierung der Rohre und die Pumpen-/Druckverhältnisse.
- Wir sind weiterhin im Zeitplan und hoffen, im Juni die Phase der Planung abgeschlossen zu bekommen. Dann werden wir natürlich die Ergebnisse in einer öffentlichen Veranstaltung vorstellen.

**Euer Team vom Nahwärmenetz Dehrn  
Vorstand und Aufsichtsrat**